

# nachrichten

## Reaktionen zum 11. September

### UN-Rolle bei Vorbereitung zu Regionalwahlen

Oppositionsführer Sam Rainsy bittet die UNO um eine verstärkte Kontrolle bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten Regionalwahlen in Kambodscha, die im Februar 2002 stattfinden werden. Sam Rainsy sagte wörtlich: »Ich bezweifle, dass sie Wahlen frei und fair sein werden, aber wir möchten dafür sorgen, dass dies soweit wie möglich der Fall sein wird«. Er forderte außerdem, dass die UNO mehr Druck auf Premierminister Hun Sen ausüben solle. Beunruhigend ist auch die stetige Zunahme von Gewaltakten in Zusammenhang mit den bevorstehenden Regionalwahlen. Außer den Anschlägen im August 2001, bei denen drei Kandidaten getötet wurden, sind bei der Polizei mehr als 80 Drohungen und Einschüchterungsversuche gemeldet worden.

Für die Wählerregistrierung wurden alle Wahlberechtigten aufgerufen, sich in ihren Heimatorten zu melden und dort die erforderlichen Unterlagen auszufüllen und einzureichen. Da viele der Dorfbewohner in den letzten Jahren in urbane Zentren abgewandert sind, wurde die von der Regierung gesetzte Frist von sechs Wochen von vielen als zu kurz empfunden und rund ein Drittel der Wahlberechtigten machte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch. Bei den letzten Parlamentswahlen in Kambodscha lag die Wahlbeteiligung bei über 80 Prozent.

vgl. Reuters 30.10.01

Auch in Kambodscha sorgten die Ereignisse des 11. Septembers 2001 für einen innen- und außenpolitischen Wirbel: kurz nach den Terroranschlägen in den USA tauchten auf den lokalen Märkten T-Shirts mit Bin Laden Emblemen auf, deren Verkauf aber von Innenminister Khieu Sophak sofort untersagt wurde. Sophak argumentierte, dass es nicht möglich sei, die Terroranschläge zu verurteilen und gleichzeitig den Verkauf derartiger T-Shirts zu dulden.

Schwerwiegendere Konsequenzen für die politische Lage in Kambodscha kündigten sich zunächst Anfang Oktober 2001 an: Chea Saveoun, Minister für kulturelle und religiöse Angelegenheiten, veröffentlichte nach einer Sitzung mit der US-Botschaft ein Dekret, dass die 500 000 in Kambodscha lebenden Muslime klar diskredi-

tierte. Darin enthalten waren zum Beispiel folgende Aussagen: »Muslimische Führer müssen beim Ministerium anfragen, ob ein größeres Treffen mit kambodschanischen oder ausländischen Muslimen stattfinden darf« oder: »Es ist für Muslime strikt verboten an Versammlungen teilzunehmen, bei denen die Gruppe oder auch Individuen Themen zur Sprache bringen könnten, die soziale Spannungen und Unruhen zur Folge haben«. Weiterhin wurde es untersagt, Moscheen als Plätze für politische Versammlungen zu nutzen. Glücklicherweise wurde die überzogene Reaktion des Ministeriums für kulturelle und religiöse Angelegenheiten nach einigen Tagen relativiert. Premierminister Hun Sen ließ im kambodschanischen Nationalfernsehen ein Papier verlesen, in dem das Dekret von Minister Chea

Saveoun »im Interesse aller in Kambodscha lebenden Muslime« widerrufen wurde. In einem Interview bemerkte er außerdem, dass »die Bedeutung dieses offiziellen Dekrets nicht die politische Grundeinstellung der Regierung widerspiegelt«. Der Berater des Premiers, Om Yintieng, fügte hinzu, dass »sich die muslimische Minderheit voll in die kambodschanische Gesellschaft integriert hat und sie keinen Grund hat, den internationalen Terrorismus zu unterstützen«. Die 500 000 Muslime, die mehrheitlich zur ethnischen Gruppe der Cham gehören, bilden die größte religiöse Minderheit unter den rund elf Millionen kambodschanischen Buddhisten.

vgl. Reuters 5., 25.10.01; AFP 6.10.01

### Exodus der Montagnards

Wieder einmal haben Angehörige verschiedener im Bergland von Vietnam lebender ethnischen Minderheiten Asyl in Kambodscha beantragt. Im September 2001 kamen mehr als 70 Personen illegal über die Grenze von Vietnam nach Kambodscha. Damit stieg die Zahl der in den letzten Monaten geflüchteten Montagnards auf über 500, davon 170 Kinder.

Der kambodschanische Polizeichef General Hok Lon brach währenddessen mit einer Delegation nach Hanoi auf, um mit der vietnamesischen Regierung über eine Lösung des wachsenden Flüchtlingsproblems zu verhandeln. Er fügte hinzu, dass alle Personen, die beim illegalen Grenzübertritt gefasst werden, sofort zurück nach Vietnam »deportiert« würden.

Dies war in der Vergangenheit jedoch teilweise anders gehandhabt worden: Kambodscha hatte Hunderten von Minderheitenangehörigen den Flüchtlingsstatus zugestanden, nachdem die vietnamesische Armee Anfang des Jahres eine

Großangelegte Militäroperation gegen protestierende Minderheiten im Hochland gestartet hatte. Die Regierung in Hanoi beantragte die direkte Auslieferung der Flüchtlinge, was Kambodscha jedoch verneinte. In Folge dessen wurden die Verhandlungen über eine Lösung des Problems zwischen beiden Regierungen abgebrochen und die vietnamesische Regierung verweigerte Mitarbeitern des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) den Zutritt zu den Gebieten, um die Situation dort zu beobachten. Die meisten der Flüchtlinge leben nun auf kambodschanischer Seite in Camps, die vom UNHCR betreut werden. Menschenrechtsgruppen befürchten, dass die Flüchtlinge bei ihrer Auslieferung an Vietnam politisch verfolgt werden könnten, da die vietnamesische Regierung zur Zeit einen extrem harten Kurs gegen »aufständische Minderheiten« fährt.

vgl. AFP 2.10.01

### Zum Tag der Unabhängigkeit

Anlässlich des 48. Jahrestages der Unabhängigkeit Kambodschas von der französischen Kolonialherrschaft rief König Sihanouk die Regierungen der Nachbarstaaten Vietnam, Thailand und Laos dazu auf, die Grenzen des Landes zu respektieren. In den letzten Jahren kam es vermehrt zu Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Regierungen, die einen weiteren Höhepunkt erlebten, als Anfang November 2001 ein Kambodschaner von thailändischen Polizisten erschossen wurde, als er die Grenze illegal überqueren wollte.

Der 79-jährige Sihanouk zeigte sich enttäuscht von den Bemühungen, die Grenzkonflikte beizulegen und erwähnte, dass Premierminister Hun Sen schon seit längerem in Verhandlungen mit den Nachbarländern stünde, diese aber bis jetzt zu keinem konkreten Ergebnis geführt hätten.

vgl. Reuters 9.11.01

## 20 Mio US-Dollar für IT-Bereich

Der erste Besuch des kambodschanischen Premiers in Südkorea nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1997 trägt nun auch finanzielle Früchte: Südkorea genehmigte einen Kredit von 20 Mio. US\$ für den Ausbau des Computer- und Internetbereiches in Kambodscha. Das Geld soll vor allem für den Aufbau eines computergesteuerten

Verwaltungssystems eingesetzt werden, wobei der Fahrzeugregistrierung, der Erfassung des Grundbesitzes und der Verwaltung der Steuern Priorität eingeräumt werden sollen, gab der Sprecher der National Information Communications Technology Development Authority (NIDA) Phu Leewod bekannt.

Premierminister Hun Sen, Schirmherr von NIDA, betonte,

wie wichtig es für Kambodscha sei, im IT-Bereich Fortschritte zu machen, »um auf den Zug des Fortschritts aufzuspringen und mit der Entwicklung in der Region und auf der Welt mithalten zu können«. Der Kredit wurde während seines Besuchs im April 2001 mit dem südkoreanischen Präsidentsen Kim Jae Dung ausgehandelt.

vgl. *Kyodo* 8.11.01

# nachrichten

## Ehrung des thailändischen Premiers

Bei einem Besuch in Phnom Penh wurde der thailändische Premierminister Thaksin Shinawatra mit der Ehrenmedaille »Sahametrei Mohasereiwat« ausgezeichnet. Während der Verleihungszeremonie im königlichen Palast lobte König Sihanouk Thaksin für seine Bemühungen, die er seit seinem Amtsantritt für die Verbesserung der thailändisch-kambo-

dschanischen Beziehungen aufgebracht habe. Während des nur eintägigen Besuchs traf sich Thaksin auch mit Premierminister Hun Sen, um mit ihm über das Treffen der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) zu beraten, das nächstes Jahr in Kambodscha stattfinden soll.

vgl. *Radio Australia* 12.10.01

## Rebellengruppe CFF zerschlagen

Der Chef der kambodschanischen Polizei, Huk Lon, gab Anfang November 2001 bekannt, dass es gelungen sei, die Rebellengruppe Cambodian Freedom Fighters (CFF) weitgehend zu zerschlagen. Die CFF wird von dem amerikanischen Exilkambodschaner und radikalen Antikommunisten Chhun Yasith befehligt und war in mehrere Anschläge gegen die Regierung von Premierminister Hun Sen verwickelt, bei denen es im November 2000 mehrere Tote und zahlreiche Verletzte gab. Im Juni und September 2001 wurden die ersten Prozessurteile gefällt: Insgesamt 56 Personen wurden zu Haftstrafen zwischen

drei und 15 Jahren verurteilt, wobei die in den USA lebenden Führer Chhu Yasith und Thong Samien durch die Urteile nicht gefährdet sind, da es zwischen Kambodscha und den USA kein Auslieferungsabkommen gibt.

Im Rahmen einer großangelegten Fahndungsaktion wurden Anfang September 2001 wieder mehrere Mitglieder der CFF festgenommen. Aus Regierungskreisen wurde bekannt, dass die Gruppe erneut Anschläge auf Regierungsgebäude und Tankstellen in Phnom Penh geplant hatte, die jedoch durch die frühzeitigen Festnahmen verhindert werden konnten.

vgl. *Reuters* 9.11.01; *AP*, 27.10.01

## KR-Tribunal: Internationale Beteiligung

Japan hat als erstes Land einen konkreten Vorschlag in Bezug auf die internationale Beteiligung am Tribunal gegen die ehemaligen Führer der Roten Khmer gemacht: Kuniji Shibahara, Juraprofessor an der Universität Gakushuin/Tokyo, soll als einer der externen Juristen am Tribunal teilnehmen. Die UNO wird Shibahara als einen der zwölf nicht-kambodschanischen Richter sicherlich akzeptieren, ließ die japanische Regierung verlauten. Auch die USA, Russland, Großbritannien und Frankreich erklärten, dass sie jederzeit Richter entsenden könnten. Die Rolle Chinas als weiteres permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrates bleibt in Hinblick auf die Beteiligung am Verfahren weiterhin offen.

Mit diesem Schritt nimmt die Planung für das bis jetzt terminlich nicht festgesetzte Verfahren gegen die Führer der Roten Khmer langsam festere Formen an. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes im August 2001 sind die formalen Kriterien für das Tribunal nun grob umrissen: die Anklagen werden drei Instanzen durch

laufen, bevor es zu einem endgültigen Urteil kommt. Obwohl in allen Instanzen die kambodschanischen Richter die Mehrheit stellen, ist es zur endgültigen Beschlussfassung notwendig, dass mindestens einer der externen Juristen seine Zustimmung zu einem Urteil gibt. Mit Hilfe der externen Gutachter und Juristen soll gesichert werden, dass das Tribunal der von der UNO geforderten internationalen Beteiligung auf allen Ebenen des Prozesses gegen die ehemaligen Führer der Roten Khmer zur Geltung kommt.

Bevor das Tribunal jedoch endgültig begonnen werden kann, ist es notwendig, dass die UNO und die kambodschanische Regierung sich über weitere Einzelheiten einig werden und den genauen Status der externen Richter/Gutachter festlegen. Premierminister Hun Sen kündigte an, dass das Tribunal eventuell schon Ende 2001 beginnen könne, was jedoch bei den bis jetzt schon aufgetretenen Verzögerungen eher als unwahrscheinlich gilt.

vgl. *The Japan Times* 3.11.01

## Babyhandel

Die US-Botschaft in Phnom Penh hat mehreren amerikanischen Paaren die Ausstellung von Einreisegenehmigungen für ihre in Kambodscha adoptierten Kinder verwehrt. Die Entscheidung wurde mit inzwischen aufgekommener Mutmaßungen über die zweifelhafte Herkunft der Säuglinge begründet. Während sich die Familien über die schikanöse Taktik der Botschaft beschwerten, begrüßten verschiedene Menschenrechtsgruppen und auch ausländische Diplomaten die Entscheidung als ersten Schritt, um den lukrativen Handel mit Kleinkindern zu unterbinden.

Einige der betroffenen Eltern gaben zu, den lokalen Adoptionsorganisationen rund 10 000 US\$ als sogenannte Vermittlungsgebühr bezahlt zu haben. Im Gegensatz dazu ist westlichen Hilfsorganisationen bekannt, dass verarmte kambo-

dschanische Familien ihre Kinder für ungefähr 50 US\$ abgeben; den Profit streichen dubiose Vermittler und korrupte Bürokraten ein. Als schwarzes Schaf unter den Vermittlungsagenturen gilt zum Beispiel die Asian Orphans Association, die am 3. September 2001 eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen musste. Von den zwölf Kleinkindern, die bei der Aktion von der Polizei im Haus der Agentur gefunden wurden, sind drei inzwischen an ihre leiblichen Eltern zurückgegeben worden. Weitere Ermittlungen gegen die Asian Orphans Association laufen noch.

Die amerikanische Botschaft stellt pro Monat ungefähr 100 »Waisenkindervisa« aus. Damit gehört Kambodscha zu den »attraktivsten« Ländern für amerikanische Paare, die Kinder aus Übersee adoptieren wollen.

vgl. *AP* 30.09.01